

Antrag Nr. 22-F-69-0015

CDU, FDP, BLW/ULW/BIG

Betreff:

Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine
- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 09.03.2022 -

Antragstext:

Seit Kurzem herrscht ein Krieg in der Ukraine, der in den letzten Tagen Tausende Menschen dazu bewegt, aus ihrem Land flüchten zu müssen. Wie die gesamte Bundesrepublik steht auch die hessische Landeshauptstadt Wiesbaden an der Seite der Ukrainerinnen und Ukrainer und verurteilt das Vorgehen Putins aufs Schärfste.

Der Ausschuss Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie möge beschließen:

Der Magistrat möge berichten,

1. wie viele Personen in Wiesbadener Unterkünften für Geflüchtete untergebracht sind und wie viele Ukrainer bereits darunter sind,
2. wie viel Kapazität noch vorhanden ist,
3. wie viele Ukrainer nach aktuellen Schätzungen und Verteilschlüsseln in den nächsten Wochen in Wiesbaden erwartet werden,
4. ob es Vorstellungen darüber gibt, welche Lösungsmöglichkeiten es gibt, falls die Kapazität nicht ausreicht,
5. welche Hilfen aktuell am dringendsten benötigt werden.

Wiesbaden, 09.03.2022

André Weck
Sozialpolitischer Sprecher
(CDU-Fraktion)

Sebastian Rutten
Sozialpolitischer Sprecher
(FDP-Fraktion)

Renate Kienast-Dittrich
Fraktionsvorsitzende
(BLW/ULW/BIG-Fraktion)

Veit Wilhelmy
Stadtverordneter
(BLW/ULW/BIG-Fraktion)

Caroline Bosbach
Fraktionsreferentin
(CDU-Fraktion)

Jeanette-Christine Wild
Fraktionsgeschäftsführerin
(FDP-Fraktion)

Faissal Wardak
Stadtverordneter
(BLW/ULW/BIG-Fraktion)